

Lichtenstein-Callumberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Mülsen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 165.

Fernsprechstelle Nr. 7.

45. Jahrgang.
Freitag, den 19. Juli

Fernsprechstelle Nr. 7.

1895.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die diergepostete Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Wäders Alban Mänuel in Hohndorf wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Lichtenstein, den 16. Juli 1895.

Königliches Amtsgericht.
Gehler.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß des nächsten Sonntag, den 21. Juli, in hiesiger Stadt beginnenden Jubiläumsvogelschießens, und des damit verbundenen Volksfestes ist auf diesseitigen Antrag die Geschäftszeit im Handeldgewerbe für diesen Sonntag durch die königliche Amtshauptmannschaft Glauchau auf die gesetzlich zulässige Dauer von höchstens zehn Stunden und zwar bis spätestens 7 Uhr abends in der hiesigen Stadt und bis 12 Uhr nachts auf dem Schießplatze ausgedehnt worden.

Es kann daher an dem gedachten Tage in denjenigen Geschäften, in welchem der Handel mit Sp. und Materialwaren, Heizungs- und Beleuchtungsmaterial betrieben wird und welche infolgedessen 2 Stunden vor dem Vormittagsgottesdienste geöffnet sein können, der Gewerbebetrieb von vormittags $\frac{1}{2}$ 7 bis $\frac{1}{2}$ 9 Uhr und von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr, in den übrigen Geschäften von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr, auf dem Schießplatze aber von nachmittags 2 Uhr bis nachts 12 Uhr

ausgeübt werden, was zur Kenntnisnahme und Nachachtung mit dem Bemerken hierdurch bekannt gemacht wird, daß Ueberschreitungen der vorgeordneten Geschäftszeiten mit den in § 146 a des Reichsgesetzes vom 1. Juni 1891 angedrohten Strafen geahndet werden.

Callenberg, am 17. Juli 1895.

Der Bürgermeister.
Prahtel.

Legesgeschichte.

*— Lichtenstein. Die jetzt zur Mode gewordenen Bicnicks sind zu einer Plage ausgeartet, in dem rücksichtslos Menschen die dabei entleerten Flaschen nicht allein liegen lassen, sondern sogar oft noch zerbrechen, und somit alle Besucher des Waldes in die Gefahr bringen, sich die Fußbekleidung zu beschädigen und die Füße zu verletzen. Wäre ein Befehl vorhanden, daß die Flaschenhändler eine hohe Einlage für die Flaschen vom Abnehmer nehmen könnten, so würden gewiß keine Flaschen im Walde liegen bleiben, noch gar mutwillig zerbrechen werden.

Durch die Zeitungen ging eine Notiz, wonach die Preisberechnung der Fernsprecher der telegraphischen Tage derart nachgebildet werden sollte, daß 100 Mark Gebühr für jeden Anruf als Grundtage angenommen und jedes Gespräch besonders mit 2 Pfg. bezahlt wird. Zu diesem Zwecke sollen an den Apparaten sinreich hergestellte Zähler angebracht werden, welche sich — bisher gut bewährt haben. Die Reichspostverwaltung will die Angehörigen, die den Fernsprecher selten benutzen, entlasten, diejenigen aber, welche häufig rufen, mehr bezahlen lassen. Jetzt beträgt die Fernsprechgebühr jährlich 150 M. Rechnet man für die Zukunft 100 M. als Grundtage und 2 Pfg. für jedes einzelne Gespräch, so würden diejenigen, welche täglich sieben Gespräche haben, ungefähr ebenfalls auf 150 M. jährlich kommen; bei einer lebhaften Benutzung des Fernsprechnetzes würde die Gebühr entsprechend steigen. Diese Nachricht ist leider noch verfrüht, der Reichs-Postverwaltung liegt allerdings ein derartiger Plan vor, aber der dazu erforderliche Gesprächs-Zählapparat ist noch nicht in der nötigen Vollkommenheit vorhanden. Zwar sind derartige Apparate schon mehrfach erfunden und von der Postverwaltung stets ausgenutzt gepriüft worden, bisher aber hat noch keiner den notwendigen Anforderungen auf unbedingte Meßsicherheit entsprochen. Und bevor ein solcher durchaus zuverlässiger Zählapparat vorhanden ist, kann die Postverwaltung eine Aenderung der Fernsprechgebühren, wie sehr sie dies auch wünscht, in der oben angegebenen Weise nicht vornehmen.

Bezeichnend für die Sozialdemokratie ist die grimmige Feindseligkeit gegen die Erinnerungsfeier an den deutsch-französischen Krieg und die dadurch glorieus errungene deutsche Einheit. Die Art, wie das leitende Parteiblatt, der „Vorwärts“, gegen diese Feier auftritt und den Krieg und seine Entstehung bespricht, muß Jeden, der sich nur eine Spur deutsch-patriotischer Gesinnung erhalten hat, empören. Wenn man sich die Sache näher ansieht, so findet man für diesen Haß aber doch eine natürliche Erklärung. In der patriotischen Erhebung jener Tage hat sich das deutsche Volk als einheitliche Nation wieder voll fühlen gelernt. Das deutsch-nationale Gefühl, welches bis dahin nur in der Brust einer geistig hochstehenden Minderheit lebte, wurde mit einem Schlage Gemeingut auch der Massen. Hätte jener gewaltige deutsch-nationale Zug, welcher in der bekannten Früh-

lingsrede Bölls seinen bezeichnendsten Ausdruck fand, sich in voller Stärke dauernd erhalten, so wäre allerdings für die internationale Sozialdemokratie in Deutschland kein Boden gewesen. Wo das Bewußtsein herrscht, daß die Glieder desselben Volkes Brüder sind und daß dies ganze Volk ein in sich und nach außen geschlossenes Ganzes bildet, ist die internationale Kampfgenossenschaft des Proletariats gegen alle übrigen Teile der Bevölkerung ausgeschlossen. Das Gefühl engster Volksgemeinschaft bildet eine sichere Schutzwehr gegen den Klassenhaß. Zwar sind die alten deutschen Erbfehler nationaler Schwäche und Zerissenheit mit jenem ersten gewaltigen Ausbruch nicht ganz überwunden, enstliche Rücksälle sind nicht ausgeblieben, und ein Pessimist hätte manchmal bereits den Rückfall in die Zeit der nationalen Zerissenheit befürchten können. Wer aber ruhig und unbefangene die Dinge betrachtet, hegt keinen Zweifel darüber, daß mit 1870/71 das deutsche Nationalbewußtsein für die Volkseele wiedergewonnen ist und wenn es zeitweilig schlummert, in großen Momenten wieder voll in Erscheinung treten wird. Daher in erster Linie die sozialdemokratische Gegnerchaft gegen die Ereignisse von 1870/71, daher auch die Feindschaft gegen die Erinnerungsfeier, von der die Sozialdemokratie eine für sie schädliche Belebung des deutsch-patriotischen Sinnes befürchtet. Wie das deutsche Nationalbewußtsein, so hat auch der monarchische Sinn in dem deutschen Volke durch die Ereignisse von 1870/71 eine erfreuliche Stärkung erfahren. Mit dem Reiche ist in dem Herzen des Volkes der Kaiser dauernd fest verbunden. So haben die Ereignisse von 1870/71 wie gegenüber der internationalen Verbrüderung des Proletariats, so auch gegenüber den republikanischen Bestrebungen der Sozialdemokratie einen festen Wall aufgerichtet. Hierin liegt, wenn auch nicht ausschließlich, der Grund des sozialdemokratischen Verdammungsurteils über die Ereignisse von 1870/71; umso dringlicher ist für Alle, welche der Sozialdemokratie den Boden abgewinnen wollen, die Pflege des deutsch-nationalen Patriotismus und des monarchischen Sinnes.

Dresden, 17. Juli. Der Bauarbeiter Walter, welcher Anfangs Mai an den König von Sachsen nach Sibyllenort Drohbriefe geschrieben hatte, wurde heute zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Dresden, 15. Juli. Ueber ein Scharzwort König Alberts berichtet man: Nach der Einweihung der neuen Elbbrücke in voriger Woche fragte Ihre Majestät die Königin ihren erlauchten Gemahl, welchen Weg er zur Rückfahrt zu nehmen wünsche. „Ich dachte“, war die launige Antwort des Königs, „nachdem wir über Deine Brücke gegangen sind, können wir nun zur Abwechslung über meine Brücke fahren“. Die königliche Equipage nahm dann auch den Weg über die Albertbrücke.

Leipzig, 17. Juli. Gestern wurde hier, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, der Postdieb Armin festgenommen, der vor nun bald Jahresfrist in der Postagentur Neukloster (Regierungsbezirk Stade, Provinz Hannover) Postwertzeichen und die Summe

von 12000 M. gestohlen hatte. Der Mann hatte mit dem Gelde große Reisen in England und Amerika gemacht. In seinem Besitze befanden sich noch 3000 M. Er hatte hier zusammen mit einem angeblichen Elektrotechniker in einem Hotel gewohnt, der ihm eine Tausendmarknote gestohlen hatte, welchen Verlust er bei der Polizei zur Anzeige brachte. Hierbei wurde in dem Bestohlenen der Postdieb Armin festgestellt.

Zwickau, 17. Juli. Die Feier der deutschen Siege von 1870/71. Auf Allerhöchsten Befehl ist bekanntlich der 18. August, als Gedenktag der Schlacht bei St. Privat, zur Erinnerung an den siegreichen Feldzug von 1870/71 in der Armee durch Feldgottesdienst festlich zu begehen. Alle hier befindlichen Militär- und Kriegervereine sind vom hiesigen Regiment hierzu mit Einladung beehrt worden. Bereits letzten Montag fand unter Leitung des Vorsitzenden des Kgl. Sächs. Krieger-Vereins, Herrn Kaufmann Emil Günther, eine Besprechung resp. Beschlußfassung hierüber statt. Gegen 400 ehemalige Grenadiere, die am gleichen Tage in Zwickau anwesend sind, werden sich an der Feier beteiligen. Die Vereine sammelten sich im Gambirius und Reinholds Garten und marschieren von hier aus nach dem Exerzierplatz. Nach beendigtem Feldgottesdienst findet Schmückung des Krieger-Denkmalts statt. Die Frage der soldatischen Vereine, in welcher Weise die 25jährige Wiederkehr des siegreichen Feldzuges 1870/71 gemeinschaftlich zu feiern sei, dürfte hierdurch ihre Erledigung gefunden haben.

Der Vorstand des vom Zwickauer Amtsgericht aufgelösten Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau beabsichtigte nach der Auflösung eine außerordentliche Verbands-Versammlung abzuhalten, um noch rechtzeitig, während der Beschwerbe-Erledigung, die Sterbefälle des Verbandes von diesem zu trennen und derselben das Verbandsvermögen zu überweisen. Der Rat verbot aber diese Versammlung als unstatthaft. Der gegen dieses Verbot eingelegte Rekurs wurde von der Zwickauer Kreisoberhauptmannschaft verworfen und jetzt auch vom Königl. Ministerium des Innern die erhobene Mch-tigkeitsbeschwerde zurückgewiesen.

Auf Anregung des Ortsvereins Stahrad-Chemnitz unternahmen die Bezirke Chemnitz, Zwickau, Schwarzenberg und die nahegelegenen Vereine am Sonntag, 21. Juli, eine Wanderschaft nach dem reizend im Erzgebirge gelegenen Stolberg. Zu dieser voransichtlich schönen Zusammenkunft, hauptsächlich der erzgebirgischen Räder, werden von den Stollberger Bundeskameraden von R. B. „Rouvier“ bereits die eifrigsten Vorbereitungen getroffen, um den in Stollbergs Mauern Einziehenden den Aufenthalt so angenehm wie nur möglich zu machen. Für eine Zusammenkunft, wie die geplante, ist die Lage Stollbergs wie geschaffen, ist doch Stollberg von allen Seiten auf guten Straßen leicht zu erreichen; außerdem dürften die vielen Sympathien, die man in dessen näherer und weiterer Umgebung unserem Sachsenbunde entgegenbringt, durch die Ver-